

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 18. Juni 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**P 37 Postulat Muff Sara und Mit. über die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum am ehemaligen LUKS-Standort in Sursee / Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Guido Roos, Thomas Meier sowie Bernhard Steiner beantragen Ablehnung.  
Sarah Muff hält an ihrem Postulat fest.

Sara Muff: Wir müssen uns der Realität der Wohnsituation in unserer Region stellen und handeln, wo immer wir Spielraum haben. Die Wohnungsknappheit in unserer Region ist alarmierend. Mit einer Leerwohnungsziffer von nur 0,91 Prozent sind wir bei einem sehr kritischen Wert. Am Stichtag, dem 1. Juni 2021, waren in der Region Sursee/Sempachersee lediglich 36 Mietwohnungen frei, notabene über alle Preissegmente verteilt. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Es gibt zu wenig Wohnungen, was die Mieten immer weiter in die Höhe treibt. Während die Mieten in Luzern bereits stärker gestiegen sind als im schweizweiten Durchschnitt, wird die aktuelle Wohnungsknappheit diesen Trend weiter verschärfen. Die Nutzung des LUKS-Standorts in Sursee für preisgünstigen Wohnraum bietet eine einmalige Gelegenheit. Das Grundstück gehört dem Kanton, und der bevorstehende Umzug des Spitals und des Pflegeheims eröffnet einen Handlungsspielraum. Es wäre eine verpasste Chance, dieses Grundstück nicht für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu nutzen. Wir können eine Vorbildrolle einnehmen und zeigen, dass es möglich ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der Menschen in unserer Region zugutekommt. Es ist wichtig zu betonen, dass unser Vorstoss nicht darauf abzielt, dass der Kanton selber bauen soll. Diese Aufgabe kann zum Beispiel mittels Baurecht an eine lokal verankerte, gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft delegiert werden. Diese Genossenschaften haben das erforderliche Know-how und die Erfahrung. Man kann übrigens auch in Spitälern wohnen. In der heutigen «Neuen Zürcher Zeitung» erschien ein Artikel über die Rennbahnklinik in Basel, wo jetzt Studierende leben. Schliesslich möchte ich die soziale Verantwortung als politisches Gremium betonen. Die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine soziale Verpflichtung. Bezahlbarer Wohnraum ist für das Wohlergehen der Luzerner Bevölkerung essenziell. Er ermöglicht eine stabile Lebensgrundlage, fördert die soziale Integration und stärkt die Gemeinschaft. Die Regierung moniert, dass das Anliegen zu früh eingebracht wurde. Gerade bei baulichen Themen kann man solche Anliegen nie zu früh einbringen, sondern nur zu spät. Es ist eine Gelegenheit, die Wohnsituation in unserer Region nachhaltig zu verbessern und gleichzeitig unserer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der Kanton Luzern ein lebenswerter Ort für alle bleibt.

Guido Roos: In der Schweiz ist der Wohnraum knapp, die Mietpreise sind gestiegen, und für immer mehr Menschen wird es anspruchsvoll, preisgünstigen Wohnraum zu finden. Im Raum Sempachersee ist die Leerwohnungsziffer unterdurchschnittlich tief. Da das Grundstück, über das wir heute sprechen, Eigentum des Kantons Luzern ist, hatten die Postulanten die Idee, die Nachnutzung vorzugeben. Wenn immer möglich soll dort preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden. Was auf den ersten Blick als sympathische Idee erscheint, erweist sich jedoch als massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie der Stadt Sursee. Konkret würde das nämlich bedeuten, dass der Kanton der Stadt Sursee diese Vorgabe macht, oder anders ausgedrückt entscheidet der Kanton über die Köpfe der Surseer Bevölkerung hinweg. Das geht so leider nicht. Für die Raumplanung in Sursee ist die Stadt Sursee zuständig und nicht der Kanton. Wenn wir das Postulat erheblich oder teilweise erheblich erklären, würde sich der Kanton in Kernanliegen der Stadt Sursee einmischen. Wir würden die Gemeindeautonomie mit Füssen treten. Zudem würden wir für ähnlich gelagerte Fälle ein grundfalsches Präjudiz schaffen. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat aus den genannten Gründen ab.

Thomas Meier: Bekanntlich ziehen im Jahr 2031 das LUKS Sursee sowie das Pflegeheim von Sursee nach Schenkon. Ab 2032 soll der Rückbau des alten Spitals beginnen, frühestens 2035 wäre der Baustart am alten Spitalstandort in Sursee möglich. Schon jetzt löst die 36 000 m<sup>2</sup> grosse Parzelle an bester Lage mit Sicht auf den Sempachersee Begehrlichkeiten aus, wie das vorliegende Postulat aufzeigt. Sara Muff fordert, dass ein bedeutender Anteil dieser grossen Liegenschaft, die dem Kanton gehört, dem preisgünstigen, sozialen Wohnungsbau zugeführt werden und beispielsweise sozialen Wohnbaugenossenschaften im Baurecht verkauft werden soll. Als Begründung werden der knappe Leerwohnungsbestand und die stark steigenden Mieten in Sursee genannt. Dieses Problem besteht aber nicht nur in Sursee, sondern in allen Ballungszentren der Schweiz. Gemäss Informationsveranstaltung der Stadt Sursee vom 27. Mai 2024 liegt der soziale Wohnungsbau in Sursee mit einem Anteil von 8 Prozent genau im kantonalen Schnitt und fällt nicht ab. Mit 75 projektierten Wohnungen findet der soziale Wohnungsbau in Sursee sehr wohl statt, so zum Beispiel durch die Wohnbaugenossenschaft «Habitats» mit einem Projekt an der Merkurstrasse oder durch eine andere Wohnbaugenossenschaft an der Chrüzlistrasse. Eine weitere Begründung im Postulat lautet, dass die Bevölkerung von Sursee am meisten davon profitieren würde. Das ist reine Augenwischerei, denn es würden ja nur ein paar wenige bedürftige Familien von diesem Privileg profitieren und hätten vom Kanton subventionierten Wohnungsbau an bester Lage mit Seesicht zugute. Die Bevölkerung von Sursee würde am meisten von gleichbleibenden und sinkenden Steuersätzen profitieren. Das ist am ehesten durch Steuerzahlende möglich, welche sich die privilegierte Lage auch leisten können, und das ohne Zutun des Kantons. Sursee kratzt ja bekanntlich ständig an einer schwarzen Null, was die Rechnung anbelangt. Es ist nicht angebracht, jetzt schon mit politischen Vorstössen den Spielraum der Stadt Sursee einzuschränken, die zuerst eine Auszonung vornehmen muss. Somit lehnt die FDP-Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Bernhard Steiner: Das Prinzip des sozialen Wohnungsbaus hat sich seit Jahrzehnten bestens bewährt. Ich denke, dass es in allen Luzerner Gemeinden Genossenschaften von Bürgerinnen und Bürgern gibt, die den preisgünstigen Wohnungsbau an ihrem Wohnort ermöglichen. Das Postulat verlangt, dass sich auch der Kanton für dieses Anliegen stark machen und das Grundstück am Standort des Spitals und Pflegeheims in Sursee für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen soll. Gemäss Stellungnahme der Regierung ist frühestens 2033 mit einem möglichen Neubau zu rechnen. Aus Sicht der SVP-Fraktion sprechen zahlreiche Gründe gegen dieses Postulat: Das Grundstück liegt in der Gemeinde

Sursee. Somit sollten auch die Bürgerinnen und Bürger über die zukünftige Nutzung entscheiden können, beispielsweise mittels Bebauungsplan. Das kantonale Grundstück kann nicht einfach unter Wert zur Verfügung gestellt werden, weil sonst der Kauf des Grundstücks am neuen Standort in Schenkun irgendwie kompensiert werden müsste. Es kann auch zu einer Marktverzerrung im sozialen Wohnungsbau im Raum Sursee führen, weil die Mieten in bestimmten Bereichen künstlich niedrig gehalten werden. Das kann private Investoren abschrecken und die allgemeine Entwicklung des Immobilienmarkts im Raum Sursee behindern. Es ist auch fraglich, neue Quartiere entstehen zu lassen, die vor allem durch einkommensschwache Gruppen bewohnt werden, anstatt aktiv eine Durchmischung zu fördern. Wir sind keine Propheten, und wir wissen nicht, welche Ansprüche im Raum Sursee in zehn Jahren bestehen werden. Die SVP-Fraktion lehnt aber die Festlegung für die Nutzung des Grundstücks für sozialen Wohnungsbau zum jetzigen Zeitpunkt klar ab.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion steht ein für eine gesamtheitliche Quartier- und Stadtplanung unter Berücksichtigung einer zukunftsorientierten Mobilität. Grössere freiwerdende Flächen sind immer eine Chance, dieses rare Gut sinnvoll, nutzbringend und an den nächsten Generationen ausgerichtet einzusetzen. Es sind Entscheidungen, die für Jahrzehnte prägend sind, insbesondere in den urbanen Gebieten, wo die Platzverhältnisse in der Regel noch enger sind. Aus Sicht der GLP-Fraktion soll ausserdem bei Bauvorhaben jeweils ein kompletter Rückbau mit anschliessendem Neubau einer Kernsanierung gegenübergestellt werden, dies nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus klimatischen und energetischen Gründen. Je nachdem kann dabei ein wichtiger Beitrag für die Umsetzung der kantonalen Klima- und Energiestrategie geleistet werden. Im vorliegenden Vorstoss steht jedoch der Aspekt des preisgünstigen Wohnraums im Vordergrund und nicht die Weiternutzung bestehender Gebäude zugunsten einer besseren CO<sub>2</sub>-Bilanz. Grundsätzlich unterstützt die GLP-Fraktion die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum, um im städtischen Bereich einen ausgeglichenen Bevölkerungsmix zu fördern. Die Stadt Luzern ist beispielsweise seit vielen Jahren bemüht, dies in Zusammenarbeit mit verschiedenen Wohnbaugenossenschaften zu erreichen. Nach Meinung der GLP-Fraktion soll die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum am ehemaligen LUKS-Standort in Sursee während dem Evaluationsprozess geprüft werden, jedoch zusammen mit allen anderen Aspekten, zum Beispiel auch mit dem Verkauf der Fläche gegenüber der Abgabe im Baurecht. Nach diesen Überprüfungen und Abwägungen sollen die Entscheide transparent begründet werden. Idealerweise wird das Thema des preisgünstigen Wohnraums mit den Verantwortlichen der Stadtentwicklung von Sursee abgestimmt, um die lokale langfristige städtebauliche Strategie zu berücksichtigen. Die GLP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Carlo Piani: Die Regierung hat erkannt, dass sie nicht über die Köpfe der Surseer Bürgerinnen und Bürger hinweg entscheiden kann oder will. Das freut mich. Den Antrag der Regierung auf teilweise Erheblicherklärung finde ich irritierend und bin deshalb froh um die vorliegenden Ablehnungsanträge. Es freut mich besonders, dass Sie nicht über die Köpfe der Surseer Bevölkerung hinweg entscheiden. Was auf dem Grundstück des heutigen LUKS entstehen soll, ist eine gemeinsame Aufgabe der Regierung, aber vor allem des Stadtrates und der Bevölkerung von Sursee. Die Regierung will sich zeitnah mit dem Stadtrat von Sursee treffen und das Anliegen angehen. Überlassen wir die Arbeit also jenen, die dafür zuständig sind. Es braucht eine lokale Bestandesaufnahme und eine massgeschneiderte Lösung von Sursee und für Sursee. Diesen Prozess und die daraus resultierenden Lösungsansätze dürfen wir heute nicht vorwegnehmen. Ich lehne das Postulat sowie weitere künftige Vorstösse, die in diese Richtung zielen, entschieden ab, da sie in die Gemeindeautonomie der Stadt Sursee eingreifen.

Fabrizio Misticoni: Die Stellungnahme der Regierung signalisiert eine gewisse Offenheit. Wenn immer es um das Thema «bezahlbares Wohnen» geht, erfährt man eine breite Anteilnahme, konkrete Massnahmen werden aber keine umgesetzt, weil man sich als Kanton nicht zuständig fühlt oder weil dem Kanton entsprechende Flächen fehlen. Die Debatte in der Mai-Session zu unseren beiden Vorstössen zu diesem Thema ist das beste Beispiel dafür. Hier würde sich die Möglichkeit bieten, auf einem kantonalen Grundstück zumindest Planungsabsichten zu zeigen. Deshalb sind wir über die vorliegenden Ablehnungsanträge erstaunt. Zwar wird immer Betroffenheit gezeigt, aber wenn sich eine Möglichkeit ergibt, lehnt man diese trotzdem ab. Beim Postulat handelt es sich um einen Prüfauftrag mit einem sehr langen Zeithorizont, und es wird nicht nur ausschliesslich preisgünstiger Wohnraum gefordert. An dieser Lage wird das Interesse nach Wohnraum sehr gross sein, und zwar nicht nur nach günstigem. Eine bessere See- und Bergsicht gibt es nirgends. Wenn es zu einer Durchmischung von unterschiedlichen Wohnungsangeboten kommt, wäre das eine sehr gute Lösung. Eine Durchmischung ist nämlich auch im Sinn der Stadt Sursee. Die von der SVP-Fraktion geäusserte Angst vor sozialen Ghettos ist unbegründet. Die Situation in Sursee ist so, wie von Thomas Meier beschrieben: Der Anteil an sozialem Wohnungsbau beträgt 8 Prozent. Der kantonale Durchschnitt bezieht aber auch alle ländlichen Regionen mit ein. Für einen urbanen Raum sind 8 Prozent aber zu wenig. Dessen ist man sich aber bewusst, und es wird schwierig werden, diesen Durchschnitt halten zu können. Die traditionellen liberalen Wohnbaugenossenschaften – Thomas Meier hat eine genannt – wären sehr interessiert daran, ihre Portfolios auszubauen. Aber wie an vielen Orten gibt es keine entsprechenden Grundstücke, oder die Preise sind zu hoch. Der Entscheidungsweg ist noch lang, und schlussendlich liegt der Entscheid bei der Surseer Stimmbevölkerung, ob und wie die Parzelle umgezont wird. Es wird also nicht über die Köpfe der Surseer Bevölkerung hinweg entschieden. Ich finde es verfrüht und nicht ganz korrekt, auf so dramatische Weise einen Eingriff in die Gemeindeautonomie anzumahnen. Im Gegenteil, mit der Ablehnung des Postulats treffen Sie selbst einen politischen Vorentscheid und geben der Regierung eine Richtung vor. Das könnte man ebenso gut als einen Eingriff in die Gemeindeautonomie interpretieren. Die Grüne Fraktion kann den Antrag der Regierung auf teilweise Erheblicherklärung aus technischen und Verfahrensgründen nachvollziehen. Im Sinn eines nötigen Signals stimmen wir jedoch der Erheblicherklärung zu.

Roger Zurbruggen: Ich stimme der teilweisen Erheblicherklärung zu. Es ist wichtig, dass die Entscheidungshoheit im Sinn der Gemeindeautonomie bei der Standortgemeinde bleibt. Da noch keine Nutzungsstrategie vorliegt, ist der Zeitpunkt des Postulats sehr früh. Was ich jedoch in der Stellungnahme der Regierung vermisst, ist das Schlüsselwort «preisgünstiger Wohnungsbau». Der Mangel an preisgünstigen Wohnungen ist eine zunehmende Volkssorge. Der Markt funktioniert wegen der niedrigen Leerwohnungsziffer nicht. So werden Wohnungen zunehmend zu Anlage- und Spekulationsobjekten. Ich rege an, dass sich die Regierung verschiedene Szenarien überlegt, ohne die Gemeindeautonomie zu touchieren. Wenn Sursee beispielsweise entscheidet, den Standort nach marktüblichen Kriterien zu nutzen, so soll die Regierung die Nutzung nach marktüblichen Kriterien gewährleisten. Wenn Sursee jedoch entscheidet, ganz oder teilweise preisgünstige Wohnungen zu schaffen, soll auch der Kanton Hand bieten und ein attraktives Angebot machen und dabei helfen, diese gesellschaftliche Aufgabe mitzutragen.

Helen Affentranger-Aregger: Mir scheint es wichtig, zu diesem Thema auch aus regionaler Sicht Haltung einzunehmen. Das zur Diskussion stehende Areal ist auch aus regionalpolitischen Überlegungen bedeutend. Es ist wichtig, dass die Standortgemeinde ihre Nutzungsstrategie über das gesamte Gemeindegebiet umsetzen kann, und wenn ein so

bedeutendes Areal neu entwickelt wird, dies unter Einbezug und Gesamtbetrachtung des Gemeindegebiets, ja sogar der umliegenden Region geschieht. Jeder einzelnen Region der Gemeinde Sursee ist es sehr wohl bewusst, dass sie beim Thema «preisgünstiger Wohnraum» eine Verantwortung wahrzunehmen hat. Überlassen wir es doch den Gemeinden und den Regionen, wie und wo sie diese umsetzen. In der Stellungnahme der Regierung wird gut aufgezeigt, wie der Prozess bei einer Raumentwicklung ablaufen könnte. Dabei ist es essenziell, dass mit der Standortgemeinde entsprechend der Nutzungsstrategie, hier die der Stadt Sursee, eine gute Lösung für das ganze Areal gesucht wird. Deshalb ist die Stadt Sursee von Beginn weg mit einzubeziehen. Welche Entwicklung an diesem Standort der Bevölkerung im Raum Sursee am meisten dient, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Aus diesen Gründen empfehle ich, das Postulat abzulehnen.

Mario Cozzio: Ich bin über die Ablehnungsanträge der Regierungsparteien überrascht. Ich weiss nicht, ob Sie die Stellungnahme gelesen haben. Es wurde immer gesagt, es sei noch zu früh für einen Entscheid. Die Regierung begründet die teilweise Erheblicherklärung mit dem Satz: «Aufgrund dieser Ausgangslage ist es aktuell verfrüht, [...]» Die Regierung ist aber offen und will alle Möglichkeiten prüfen. Deshalb verstehe ich die Ablehnungsanträge nicht. Als Wahl- und Wunsch-Surseer äussere ich meine persönliche Meinung. Hier geht es um das Filetstück einer Wohnlage in Sursee. Wir müssen uns nicht darüber unterhalten, ob dort schöne und teure Wohnungen für gutverdienende Steuerzahlende gebaut werden können. Es ist aber wichtig, alle Möglichkeiten zu prüfen. Wir befürworten preisgünstigen Wohnraum. Es ist aber wichtig, dass die Standortgemeinden entsprechend planen können. Macht es Sinn, an einem Ort ohne öV-Anschluss und ohne Einkaufsmöglichkeiten preisgünstigen Wohnraum extrem zu fördern? Vielleicht nicht, aber ich bin kein Experte. Fakt ist, dass die Regierung mit der Stadt Sursee bereits jetzt proaktiv auf den Weg gehen könnte. Das ist richtig, denn man macht der Stadt Sursee keine Vorgaben. Ich bitte Sie deshalb, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

Sara Muff: Zum Votum von Guido Roos: Unsere Forderung lautet nicht «wenn immer möglich», sondern dass Möglichkeiten für preisgünstigen Wohnraum geschaffen werden. Auf eine Angabe über die Höhe des Anteils haben wir bewusst verzichtet. Es können auch andere Wohnungen geschaffen werden, so kommt es zu einer guten Durchmischung. Die Gemeindeautonomie wird nicht infrage gestellt, im Gegenteil. Wir haben sogar mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Sursee gesprochen. Das letzte Wort hat immer noch die Stimmbevölkerung von Sursee. Wir können jetzt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung wagen. Mehrere Personen, die aus Sursee wegziehen mussten, haben mich kontaktiert, weil sie keine Wohnung gefunden haben. Es sind zwar keine Hochpreissteuerzahlende, aber Personen, die in der Region aufgewachsen und verankert sind.

Angela Lüthold: Ein Stück weit ist auch unser Rat dafür verantwortlich, dass es keinen günstigen Wohnraum mehr gibt. Diesen gibt es nur noch, wenn wir Mittel aus Steuergeldern einspritzen. Infolge der Raumplanung, des Wachstums, der Gelder aus der Pensionskasse, der Klimamassnahmen und der Verdichtung, die in allen Gemeinden vorangetrieben wurde, ist kein günstiger Wohnraum mehr vorhanden. Gut erhaltene Objekte werden abgerissen, weil die Pensionskassen ihr Geld investieren und neu bauen wollen, was zu viel teureren Mieten führt. Wir alle sind dazu angehalten, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dazu sollen aber keine Steuergelder verwendet, sondern die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wenn wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, müssen wir auch die Folgekosten für den Konsumenten, den Mieter und alle anderen im Auge behalten.

Korintha Bärtsch: Mit den von Angela Lüthold genannten Gründen bezüglich hoher

Wohnungspreise bin ich nicht einverstanden. Mögliche Lösungsansätze sind der gemeinnützige Wohnungsbau und dass keine hohen Renditen eingestrichen werden, weil die Vermietung über eine Kostenmiete erfolgt. Wie geht das? Man kann darauf vertrauen, dass Private ihre Wohnungen gemeinnützig vermieten oder an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften verkaufen. Zudem kann der Staat sein Bauland gemeinnützigen Baugenossenschaften zur Verfügung stellen. Das Grundstück, auf dem sich das LUKS im Baurecht befindet, gehört dem Kanton Luzern. Nach dem Wegzug des LUKS bestimmt die Stadt Sursee, was auf diesem Grundstück zukünftig gebaut werden darf. Mit höchster Wahrscheinlichkeit wird es dort eine Wohnzone geben. In einer Wohnzone können renditeorientierte oder gemeinnützige Wohnungen gebaut werden. Das Postulat verlangt nur, dass der Kanton Luzern seine Verantwortung in der Wohnbaupolitik wahrnimmt. Er soll zusammen mit dem LUKS abklären, ob die bestehenden Gebäude anders genutzt werden können, um einen Abriss und damit graue Energie zu vermeiden, oder welche anderen Massnahmen an diesem Standort möglich sind, zum Beispiel ein Anteil von 30 oder 60 Prozent an gemeinnützigem Wohnungsbau. Mit der Überweisung des Postulats stellen wir die Gemeindeautonomie in keiner Art und Weise infrage, sondern verlangen vom Regierungsrat, dass er seine Verantwortung wahrnimmt und preisgünstigen Wohnbau ermöglicht.

Priska Fleischlin: Ich erinnere an den Workshop der regionalen Entwicklungsträger (RET), der vor wenigen Wochen stattgefunden hat. Einige Mitglieder unseres Rates waren dort ebenfalls vertreten. Ein Schwerpunktthema war die Unterstützung von sozial schwächer gestellten Personen. So soll ein Austausch gewährleistet werden und die Segregation – das Verdrängen der Menschen, die sich solche teuren Wohnflächen nicht leisten können – verhindert werden. Wenn die Finanzierung ohne die renditeorientierten Pensionskassen erfolgen soll, muss die Politik den notwendigen Rahmen schaffen und die Gemeinden in ihren Vorhaben unterstützen. Es ist unsere politische Verantwortung, in Sursee preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, nachdem dort sehr viele Wohnungen im Hochpreissegment und Raum für das Gewerbe entstanden sind.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Das fragliche Grundstück befindet sich heute in der Zone für öffentliche Zwecke. Mutmasslich wird eine Umzonung in eine andere Nutzung erforderlich sein. Die kommunale Raumplanung ist eine kommunale Aufgabe. Diesen Prozess wollen und müssen wir als Grundeigentümer gemeinsam mit der Stadt Sursee gestalten. Wir hoffen natürlich, gemeinsam eine gute Lösung finden zu können. Weshalb beantragt die Regierung die teilweise Erheblicherklärung? Das Anliegen ist grundsätzlich berechtigt. Der gemeinnützige Wohnungsbau hat im Kanton Luzern eine grosse Tradition, er ist gut verankert und hat eine hohe Berechtigung. Wir können und wollen aber nicht etwas über den Kopf der Stadt Sursee hinweg definieren. Wir sind bereit, verschiedene Optionen zu prüfen und gemeinsam mit der Stadt Sursee eine gute Lösung zu finden. Wir sind offen für verschiedene Nutzungen und schliessen zum heutigen Zeitpunkt nichts aus, wollen aber auch noch nichts definieren. Ich bitte Sie deshalb, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 78 zu 32 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 72 zu 38 Stimmen ab.